

# Große Anfrage zur Indien-Politik beantwortet

von Georg Amshoff

Anfang Mai hat die Bundesregierung eine Große Anfrage zu den bilateralen Beziehungen Deutschlands mit Indien beantwortet. Die Grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Angelika Köster-Loßack hatte nach dem aktuellen Stand und den Perspektiven der Zusammenarbeit gefragt. Dabei ging es ihr um die Politikfelder Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaftsbeziehungen sowie Kultur und Forschung und insbesondere um die Verzahnung dieser Bereiche (siehe 'Südasiens', 3/98). Die jetzt vorgelegte Antwort ist zwar teilweise sehr ausführlich, im Hinblick auf die Perspektiven aber inhaltlich eher dünn ausgefallen.

Unter Drucksachen-Nummer 13/10595 nimmt die Bundesregierung nach einer Bearbeitungszeit von sieben Monaten Stellung zu den 37 Fragen. Der Antwortkomplex zur Außenpolitik beginnt mit einer Beteuerung der großen Bedeutung, die Indien für die deutsche Außenpolitik einnimmt. Dabei wird eine Agenda 2000 erwähnt, die zur Zeit ausgearbeitet wird und "ein umfassendes Konzept über Akzente und Schwerpunkte der deutsch-indischen Kooperation in allen wesentlichen Bereichen" enthalten soll. Sicherlich ist dieses Vorhaben verdienstvoll; die Bundesregierung räumt damit aber gleichzeitig schon bei Beantwortung der ersten Fragen ein, daß es ein solches umfassendes Konzept, das alle Politikfelder beinhalten soll, eben noch nicht gibt. Damit wird indirekt die Vermutung der Grünen bestätigt, daß letztlich die einzelnen Ministerien allzu oft ohne Bezugsrahmen ad hoc reagieren, statt ein schlüssiges und übergreifendes Konzept zu verfolgen, das alle Themenfelder integriert. Zur geplanten Agenda 2000 werden keine weiteren Details genannt. Unklar bleibt z. B., ob die zuständigen Ausschüsse des Bundestages oder die Fachöffentlichkeit in die Ausarbeitung einbezogen werden sollen, oder ob diese Vision für politische Beziehungen zu Südasiens allein vom Auswärtigen Amt entwickelt wird.

Wie gefährlich eine unbedachte Politik sein kann, zeigt sich bei den Antworten zur Sicherheitspolitik. Dort heißt es: "Wir verfolgen Indien gegenüber im Nuklearbereich und im Bereich der Trägertechnologie eine äußerst restriktive Exportpolitik". Das mag zwar zur Zeit durchaus zutreffen, und auch bilaterale Nichtverbreitungskonsultationen sind ohne Zweifel sinnvoll. Doch haben sowohl das indische als auch das pakistanische Atomwaffenprogramm von deutschem Know-How profitiert: der Vater der pakistanischen Atombombe wurde am Kernforschungszentrum Karlsruhe ausgebildet, und deutsche U-Boote von HDW spielen eine wichtige Rolle als mögliche Träger von Indiens Atomwaffen. Was jetzt dringend nötig ist, ist eine entschlossene und durchdachte Politik zur Deeskalation der wachsenden Konflikte in Südasiens. Doch deren mögliche Konturen sind in den Antworten kaum zu erkennen - die grünen Konzepte zur zivilen Konfliktbearbeitung bleiben unbeantwortet.

Die Antworten zur Entwicklungszusammenarbeit zeigen ebenfalls eine deutliche Schwäche der bisherigen Konzepte. Zu der wichtigen Frage, wie die Kohärenz gewährleistet werden soll (und nicht z. B. Maßnahmen der Außenwirtschaftspolitik die Erfolge der Entwicklungshilfe umkehren), beschränkt sich die Bundesregierung lediglich auf den einen Satz, daß man eine interministerielle Arbeitsgruppe

"Kohärenz" eingesetzt habe. Ausweichend ist auch die Antwort zu Fragen nach der Vergabepolitik der Weltbank im Bereich Umwelt und Klimaschutz. Zusammen mit der Asiatischen Entwicklungsbank hat die Weltbank in den letzten fünf Jahren mehrere indische Projekte im Energiebereich bewilligt, durch die zusätzlich 9,8 Milliarden Tonnen Kohlenstoff pro Jahr in die Erdatmosphäre gelangen werden - mehr als die Jahresproduktion des gesamten Planeten. Die Bundesregierung wurde dazu nach ihrer Beurteilung gefragt. Statt dazu Stellung zu nehmen, wird aber lediglich ein Verweis auf ein Umwelt-Papier der Weltbank gegeben, das in Arbeit sei und offen diskutiert werden solle.

Auf die Frage, warum nach wie vor über die Hälfte der deutschen Entwicklungsgelder in "Maßnahmen zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit" und damit auch große Energieprojekte gehen, wird lediglich die Antwort gegeben, daß "der Strukturreform des Elektrizitätssektors eine Schlüsselrolle für eine erfolgreiche mittelbare Armutsbekämpfung zugemessen" werde. Antworten zu konkreten Zahlen, warum z. B. ein Braukohlekraftwerk mit angeschlossenen Tagebau mit 375 Millionen DM gefördert wurde und ein Zentrum für Solartechnologie lediglich vier Millionen DM erhielt, sucht man vergebens. Zwar erscheint der erfragte Anteil der Gelder, die der Armutsbekämpfung zugute kommen sollen, durchaus respektabel; unklar bleibt aber, was die Bundesregierung alles zur Armutsbekämpfung zählt. Daß es dabei nicht immer um die Ärmsten gehen muß, verrät eine Formulierung weiter vorne im Papier: bei Außenpolitik ist unter den gemeinsamen Zielen nicht von "Armutsbekämpfung", sondern von "Wohlförderung" die Rede.

Ausführlich und umfangreich sind die Antworten lediglich da, wo sich eine lange Liste wohlklingender, aber letztlich nicht besonders umfangreicher Initiativen aufzählen läßt. Bei der Frage nach Stipendien für Studierende und Wissenschaftler erstreckt sich die Antwort über vier Seiten, während es bei anderen (und wichtigeren) Fragen oft nur einige Sätze, selten mehr als eine halbe Seite Text sind. Dafür wissen wir jetzt, daß die Carl-Duisberg-Gesellschaft 1996 für sechs Studierende ein Praxissemester in Indien vermittelt hat.

**Fazit:** in vielen Bereichen der bilateralen Beziehungen zu Indien ist der gute Wille der beteiligten Ministerien zu erkennen. Die Anfrage offenbart aber auch, daß sich geschlossene und umfassende Konzepte, die den aktuellen Herausforderungen auf dem Subkontinent entsprechen, nur undeutlich abzeichnen. Daß diese dringender denn je sind, haben die Entwicklungen der letzten Wochen nur zu deutlich gezeigt.